

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #17

Mitte Januar 2015



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Der Start ins neue Jahr bringt nicht nur die altbekannten, guten Vorsätze mit sich, sondern gleich auch neue, ungeahnte Herausforderungen. Glücklicherweise konnte ich über die Weihnachtstage bei meiner Familie Kraft sammeln, um diesen mit starkem Willen und Freude an der Arbeit entgegen zu treten.

Wenn Sie das politische Geschehen verfolgt haben, wissen Sie ja was uns Abgeordnete und die ganze deutsche Öffentlichkeit in diesen ersten Wochen des Jahres beschäftigt hat. Das Attentat von Paris hat auch mich tief erschüttert und mir erneut vor Augen geführt, wozu diese fanatischen Extremisten tatsächlich fähig sind. Die Täter wollten mit brutalster Gewalt einen Keil tief zwischen die Religionen rammen; erreicht haben sie, wie es aussieht, genau das Gegenteil. Was uns eint, ist der Wille, sich nicht gegeneinander aufbringen zu lassen. In meiner Rolle als Vorsitzender des Stephanuskreises der CDU/CSU-Fraktion beobachte ich die gegenseitigen Solidaritäts- und Toleranzbekundungen der religiösen Oberhäupter mit tiefer Erleichterung. Im Seitenblick lesen Sie, wie ich die Tage zwischen der Kögida-Demonstration in Köln und dem Anschlag auf die Charlie Hebdo-Redaktion erlebt und mit öffentlichen Äußerungen begleitet habe.

Auch die Presseschau ist in dieser Ausgabe geprägt von den Ereignissen in Paris. Die letzte Meldung zum früheren Vorhaben der EZB, Staatsanleihen zu kaufen („OMT-Programm“) wird uns auch in den kommenden Wochen noch weiter beschäftigen.

Der Newsletter beginnt dieses Mal mit einem Thema, mit dem die vergangene Sitzungswoche endete und das mich im Rechts- und Europaausschuss noch intensiv beschäftigen wird: Nämlich mit der Frage, ob wir bei dem Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada (kurz „TTIP“ und „CETA“ genannt) Schiedsgerichtsverfahren einführen bzw. behalten sollten und wenn ja, unter welchen Bedingungen dies geschehen soll. Am Freitag hatte ich die Chance, im Plenum drei Vorschläge dazu zu unterbreiten. Auszüge meiner Rede sind im Nahblick abgedruckt.

Herzliche Grüße,
Ihr



Heribert Hirte

NAHBLICK

Das Thema



Bundestag debattiert über Ceta und TTIP Investorenschutz ja oder nein?

Die Presse war voll von der Nachricht, dass der Widerspruch innerhalb der EU gegen die Schiedsverfahren zwischen privaten Investoren und Staaten (ISDS) im Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) groß sei. Die EU-Kommission hatte die Bevölkerung um Rat gebeten. Rund 150.000 Eingaben gingen bis zum Ende der Konsultationsfrist vor einigen Monaten bei der Kommission ein. Letzte Woche gab die Kommission dann bekannt: Nach einer ersten Sichtung haben sich rund 97 Prozent der Eingaben gegen die Verfahren vor privaten Gerichten ausgesprochen.

Deshalb stellte DIE LINKE-Fraktion einen Antrag, das Investorenklagerecht aus dem Freihandelsabkommen zu entfernen. Heribert Hirte hat nun den Vorschlag unterbreitet, die Besetzung der Schiedsgerichte zumindest auf deutscher Seite demokratischer zu gestalten. Der [Tagesspiegel aus Berlin](#) hat diese Idee sogleich publiziert. Lesen Sie im folgenden Abschnitt eine Kurzfassung der Rede, die der Kölner Bundestagsabgeordnete am Freitag, dem 16. Januar im Plenum dazu gehalten hat:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

[...]

Sie haben gesagt, fast 150 000 Bürgerinnen und Bürger hätten sich bei der Befragung negativ geäußert. Was folgt daraus? Stellen Sie sich vor, die europäischen und deutschen Unternehmer hätten eine Reihe von Werbeagenturen eingeschaltet, ähnlich, wie Sie es gemacht haben, viele Mails nach Brüssel geschickt und LKW-weise zustimmende Postkarten

zu TTIP und CETA abgeliefert und gesagt: Das nutzt unserer Wirtschaft, unserem Wohlstand und unseren Arbeitsplätzen. - Dann würden Sie jetzt schreien: „Betrug! Verrat! Die Zahlen spielen keine Rolle.“

Lassen Sie deshalb die Diskussion über die Zahlen. Sie spielen wirklich keine Rolle. Lassen Sie uns lieber - das ist richtig - über die Sachfrage reden.

Worum geht es bei diesen Investitionsschutzabkommen? Es geht darum, dass Freihandelsabkommen gerichtlich überwacht werden sollen. Diese Freihandelsabkommen sind zwischenstaatliche und völkerrechtliche Vereinbarungen. Dabei ist es ein bisschen schwierig, das Abkommen für den einen Vertragspartner auch mit Wirkung für den anderen auszulegen. Denn dann würde ein Staat quasi über den anderen zu Gericht sitzen, besser gesagt ein Staat über ein Unternehmen. Aber wir brauchen eine zwischenstaatliche Institution, die eine entsprechende Auslegung betreibt. Ich halte es für richtig, dass Investoren, die auf der Grundlage eines Abkommens in einem anderen Land investiert haben wir reden hier in erster Linie über deutsche Unternehmer, die in Kanada oder den USA investieren wollen, eine Möglichkeit haben, gegen Diskriminierungen auch in den USA und Kanada vorzugehen. Dass das Ergebnis eines Gerichtsverfahrens nicht immer allen gefällt, liegt in der Natur der Sache.

Damit kommen wir zu dem entscheidenden Gegenargument der Opposition, zwischen funktionierenden Rechtsstaaten seien solche Abkommen nicht erforderlich. Natürlich handelt es sich immer um funktionierende Rechtsstaaten. Wenn Sie aber einen Norditaliener fragen, ob er mit Begeisterung einen Prozess in Süditalien führt, dann werden Sie feststellen, dass er das nicht gerne tut. Wenn Sie die Fälle analysieren, in denen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Deutschland wegen überlanger Verfahren verurteilt hat, dann stellen Sie fest, dass Ihnen ausländische Investoren entgegenhalten, dass gerade Wirtschaftsprozesse bei uns viel zu lange dauern. Erklären Sie doch einmal einem deutschen Investor, warum er mit großer Begeisterung vor einzelstaatlichen Gerichten oder Bundesgerichten in den USA die Pre-Trial Discovery über sich ergehen lassen soll! Wenn so Ihre ideale Wirtschaftsförderung aussieht, dann kann ich dazu nur sagen: Danke, Deutschland!

Ihre pauschale Ablehnung von Investitionsschutzabkommen hilft uns doch nicht weiter. Mir sagen viele europäische Länder, insbesondere kleine Staaten wie Lettland und Estland: Wir brauchen solche Abkommen, damit auch bei uns investiert werden kann. Wir machen das gerne. - Wenn wir solche Abkommen ablehnten, wäre die Konsequenz, dass die 27 anderen EU-Staaten darüber nachdenken, wie sie ohne uns vorangehen können. Das wollen wir nicht.

Platte Ablehnung hilft uns nicht. Lassen Sie uns doch über die Frage nachdenken, wie wir hier in diesem Hause zu Verbesserungen kommen können. Dazu mache ich Ihnen drei Vorschläge, die wir schon vorbesprochen haben:

Erstens: Wir sollten darüber nachdenken, ob die Auswahl der Richter und die Besetzung der Richterbänke bei den entsprechenden Schiedsgerichtsinstitutionen mit Zustimmung dieses Hauses geschehen sollten. Dann ist der Einwand der Opposition vom Tisch, dass dort möglicherweise keine unabhängigen Personen sitzen. Wir werden dann genau denselben Schritt tun, den wir vor einigen Jahren bei der Auswahl der Richter am Europäischen Gerichtshof gemacht haben. Die wurden nämlich anfangs auch alleine vom Bundeswirtschaftsministerium ernannt, ohne Zustimmung des Parlaments.

Zweitens: Sie mahnen an, dass die nationalen Verfahren und die Schiedsverfahren nicht ausreichend miteinander verzahnt sind. Ja, das stimmt. Die Wahlmöglichkeit wird mit den

neuen Klauseln eingeschränkt. Man kann nicht mehr das eine und das andere machen, sondern man kann nur das eine oder das andere machen. Es gibt einen Punkt, den wir hier autonom machen wollen und werden. Wir werden über die Frage nachdenken, ob nicht der Bundesgerichtshof Anfragen von Schiedsgerichten entgegennehmen kann. Das darf er bisher nicht. Das Gleiche gilt für den Europäischen Gerichtshof. Auch der darf Anfragen von Schiedsgerichten bisher nicht entgegennehmen. Wir werden entsprechende Initiativen ergreifen, um auf der Ebene der Kommission durchzusetzen, dass das in den entsprechenden Rechtsakten geändert wird.

Damit komme ich zum dritten Punkt: Liebe Frau Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sie haben immer wieder und auch eben darauf hingewiesen, dass das alles nur Großunternehmen dienen würde und Schiedsverfahren für Großunternehmen gedacht seien. Es mag sein, dass Schiedsverfahren relativ gesehen teuer sind. Deshalb denken wir darüber nach, die Kosten für diese Schiedsverfahren für kleine und mittelständische Unternehmen, die aus unserer Sicht in Kanada und in den USA investieren sollen, auf das Niveau zu senken, das sie haben würden, wenn die Unternehmen vor nationalstaatlichen Gerichten klagen würden. Das ist für uns eine Maßnahme der Außenwirtschaftsförderung. Ich halte es für legitim, dass wir über diese Frage nachdenken.

Das bedeutet: Alle Argumente, die Sie hier bringen, rechtfertigen keine Ablehnung von Schiedsverfahren, rechtfertigen keine Ablehnung des Investorenschutzes. Wir brauchen das für deutsche Unternehmen, die jenseits des Atlantiks investieren wollen. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

SEITENBLICK

Kurz informiert



Köln stellt sich quer

Gleich am ersten Montag des neuen Jahres meinten die sich selbst so nennenden „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)“ auch in Köln, ihre vermeintlichen Sorgen durch die Straßen tragen zu müssen. Für Heribert Hirte Anlass, ein deutliches Zeichen gegen diese Fremdenangst (um nicht zu sagen den Fremdenhass) zu setzen. Gemeinsam mit mehreren Tausend Kölnern schloss er sich der Demonstration unter dem Motto „Köln stellt sich quer!“ an. Die [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) schrieb am 6. Januar von einem „versprengten Häuflein“ PEGIDA-Demonstranten und beschreibt die Situation am Montagabend vor dem Dom so: „Ein weiteres starkes Zeichen kam zu jener Stunde hinzu: Die größte Glocke des Doms läutete das Hochfest Epiphania ein, begrüßte die Heiligen Drei Könige aus dem Morgenland, die einst gekommen waren, um Jesus, dem Flüchtlingskind in der Krippe, zu huldigen. Jeder, dem es von Herzen Ernst ist mit dem christ-

lichen Abendland, weiß freilich nicht nur an Dreikönig, dass ziemlich viel Morgenland steckt in diesem Abendland.“ Gegenüber Journalisten sagte Heribert Hirte als Vorsitzender des Stephanuskreises: „Wir müssen endlich erkennen: Deutschland ist ein Einwanderungsland, das offen ist für die Meinungen, Kulturen und Religionen aller Bürger. Nicht der Islam oder eine andere Religion sind zur „Alternative“ zum Christentum geworden, sondern der Atheismus.“ Seine gesamte Pressemitteilung lesen Sie [hier](#). Fotos von der Demonstration sind auf [Facebook](#) zu finden.

Christenverfolgung hat zugenommen

Quasi zeitgleich zu den diversen Demonstrationen von Pegida, Kögida, Bergida und wie sie alle heißen, hat das christliche Hilfswerk „Open Doors“ seinen jährlichen Bericht über die Christenverfolgung in aller Welt vorgelegt. Die Zahlen belegen erschreckenderweise, dass die Verfolgung von Christen weltweit zugenommen hat. Deshalb forderte Heribert Hirte als Vorsitzender des Stephanuskreises in seiner [Pressemitteilung](#), den Fokus endlich auf die tatsächlich verfolgten Christen im Ausland zu legen weg von den vermeintlich verängstigten PEGIDA-Anhängern hierzulande. Nach Angaben von Open Doors sind Christen in Nordkorea weiterhin am stärksten in ihrer Religionsausübung eingeschränkt. In den afrikanischen Ländern wie Kenia oder Dschibuti habe die Verfolgung ebenfalls stark zugenommen. Haupttriebkraft der Verfolgung sei der islamistische Extremismus. Doch Heribert Hirte warnt: „Die Gräueltaten des „Islamischen Staates“ rechtfertigen keinen Rassismus in Deutschland. Unter keinen Umständen dürfen Extremisten mit denen gleichgesetzt werden, die bei uns im Land als Flüchtlinge oder Asylbewerber Schutz suchen oder hier ein neues Leben aufbauen wollen.“ Den Bericht von Open Doors samt dem Ranking von Staaten, in denen Christen am meisten diskriminiert werden, finden Sie [hier](#).

Kölner Erfindergeist gesucht

Zum Schluss lenken wir die Aufmerksamkeit noch einmal auf den Erfindergeist, der möglicherweise in jedem von uns schlummert: Die Initiative „Deutschland - Land der Ideen“ und die Deutsche Bank suchen ab sofort Innovationen aus allen Lebensbereichen, die Digitalisierung und Vernetzung vorantreiben und deren Potentiale nutzen. Gefragt sind zukunftsweisende Ideen, die zeigen, wie die nachhaltige Gestaltung einer digital vernetzten Welt aussehen kann. Innovative Unternehmer, Künstler, ehrenamtlich Engagierte und andere Initiatoren sind hiermit aufgerufen, sich bei dem Ideen-Wettbewerb zu bewerben. Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage www.land-der-ideen.de.

Forschungs- oder Kultureinrichtungen, Unternehmen oder Vereine, die in anderen Bereichen Ideenreichtum bewiesen haben, können sich mit Ihrer Erfindung ebenfalls bis 15. März 2015 unter www.ausgezeichnete-orte.de bewerben. Eine Jury wählt die 100 besten Ideen und Projekte aus. Wäre doch schön, wenn etwas aus dem Wahlkreis von Heribert Hirte dabei wäre.



Diese Meldung kam für den Wirtschaftsrechtler Hirte nicht wirklich überraschend: „Rückendeckung vom EuGH: Die Europäische Zentralbank darf Staatsanleihen kaufen.“ Mit seinen Schlussanträgen hatte der spanische Generalanwalt Pedro Cruz Villalón dem Europäischen Gerichtshof vorgeschlagen, das vor einiger Zeit vorgeschlagene, aber bislang nicht umgesetzte EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen im Wesentlichen für rechtmäßig zu beurteilen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist Heribert Hirte bei den Verhandlungen des Europäischen Gerichtshofs vor Ort gewesen und begrüßt die Vorschläge des Generalanwalts in seiner [Pressemitteilung](#) mit den Worten: Das „stärkt den Euro und die Unabhängigkeit der Zentralbank in geldpolitischen Maßnahmen.“ Das Nachrichtenportal Bloomberg.com hat Heribert Hirtes Auffassungen in ihrem [Artikel](#) viel Platz eingeräumt. Die deutsche Version erschien auf [Welt.de](#).

Die grausamen und menschenverachtenden Attentate auf die Redaktion von Charlie Hebdo und den koscheren Supermarkt in Paris bilden schon jetzt einen traurigen Tiefpunkt des gerade erst begonnen Jahres. Heribert Hirte hat, wie viele andere auch, die Anschläge öffentlich scharf verurteilt und sein Mitgefühl gegenüber den Angehörigen ausgesprochen. Als gläubiger Katholik und Kölner stellte er klar: „Religion muss tolerant sein, Religion muss Kritik ertragen können und – Humor muss sein!“ Die gemeinsame [Pressemitteilung](#) von Heribert Hirte und der nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Serap Güler wurde von der Internetzeitung „[report-K](#)“ und auch dem Onlinemagazin „[Colozine](#)“ aufgegriffen. In Berlin haben Muslime, Juden und Christen gemeinsam eine Mahnwache abgehalten und sich gegen jegliche Gewalt im Namen Gottes ausgesprochen. Heribert Hirte war bei der Veranstaltung dabei und äußerte sich anschließend mit den Worten: „Wir alle und im Besonderen die muslimischen Verbände müssen künftig ein klares Zeichen setzen für Religions-, Meinungs- und Pressefreiheit - und gegen die radikalisierte Auslegung des Korans.“ Ein Foto der Veranstaltung ist auf [Facebook](#) zu sehen.

Das politische Diskussionsforum [kreuz-und-quer.de](#) veröffentlichte während der Sitzungswoche einen [Gastkommentar](#) des Bundestagsabgeordneten. Darin regt Heribert Hirte an, sich stärker gegen religiöse Verfolgung einzusetzen, denn: „Die Verfolgung und Benachteiligung aus religiösen Gründen ist weiter verbreitet, als das vielen hier im Westen bewusst ist.“ Dabei ginge es nicht nur um die Konflikttherde in Syrien oder im Irak, die in den Medien präsent sind, sondern auch um ganz alltägliche Diskriminierungen gegenüber Andersgläubigen.



Bei allem gebotenen Ernst im politischen Geschäft – auch für Politiker und insbesondere für Kölner Politiker gilt an manchen Tagen im Jahr: „Mer fiere wie et immer wor!“ Der Augenblick der Woche fällt deshalb zweifelsohne auf die Karnevalssitzung der CDU-Köln, wo Heribert Hirte unter anderem gemeinsam mit der frisch nominierten Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker einstimmen konnte ins: „Kölle Alaaf!“ Nicht auf dem Bild zu sehen ist sein gesamtes Team (auch „die Berliner“), das fröhlich mitschunkeln durfte. Mehr Bilder zu den besten Augenblicken der vergangenen Wochen finden Sie auf Heribert Hirtes [Facebook-Seite](#).

Gleich zu Beginn der Woche trifft sich Heribert Hirte mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland. Wenige Tage später hat die Deutsche Bischofskonferenz Vertreter der Unions-Fraktion zum Gedankenaustausch geladen. Beides sind sicher gute Gelegenheiten, um auch das Thema Christenverfolgung und Religionsfreiheit wieder auf den Tisch zu bringen. Schließlich steht die nächste Sitzung des Stephanuskreises Ende des Monats wieder an. Hier soll es diesmal um die Situation der christlichen Kirchen in der Volksrepublik China vor dem Hintergrund der staatlichen Religionspolitik gehen.

Neben den zahlreichen Neujahrsempfängen, die dieser Monat naturgemäß mit sich bringt, sind es aber vor allem die Treffen und Gespräche im kleineren Rahmen, die in den kommenden zwei Sitzungswochen in Berlin von Bedeutung sein werden. Schließlich gilt es, die Vorschläge zur Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit, wie im Nahblick erläutert, in der TTIP-Diskussion weiter voran zu treiben.

Aktuelle Termine finden Sie auch auf Heribert Hirtes Homepage unter www.heribert-hirte.de.

„Den französischen Freunden, Bekannten und allen, die sich für die Grundwerte unserer europäischen Demokratien seit Jahrhunderten in so vorbildlicher Weise einsetzen – bis zum Verlust des eigenen Lebens.“

Heribert Hirtes Eintrag ins Kondolenzbuch der Französischen Botschaft in Berlin.

**Anschrift**

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762
Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

Copyright © 2013 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:

www.heribert-hirte.de

[Impressum](#) - [Datenschutz](#)